



Abstimmungsvorlage

## Eidgenössische Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide»

### Ausgangslage

Die Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» ist am 25. Mai 2018 mit über 120'000 gültigen Unterschriften eingereicht worden. Sie verlangt eine Ergänzung des Artikels 74 der Bundesverfassung mit dem Absatz 2<sup>bis</sup>. Dieser Absatz würde den Einsatz von synthetischen Pestiziden, abgesehen von der Forschung, fast in jedem Bereich verbieten. Ausserdem würde der neue Absatz die Einfuhr von Lebensmitteln zu gewerblichen Zwecken verbieten, die synthetische Pestizide erhalten oder mithilfe solcher hergestellt worden sind. Die Initiative sieht eine zehnjährige Umsetzungsfrist vor und hat zum Ziel, «die Bevölkerung vor gesundheitlichen Risiken zu schützen und den Rückgang der Biodiversität zu stoppen».

### Initiative im Wortlaut

**Art. 74 Umweltschutz Abs. 2<sup>bis</sup>**

*2<sup>bis</sup> Der Einsatz synthetischer Pestizide in der landwirtschaftlichen Produktion, in der Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und in der Boden- und Landschaftspflege ist verboten. Die Einfuhr zu gewerblichen Zwecken von Lebensmitteln, die synthetische Pestizide enthalten oder mithilfe solcher hergestellt worden sind, ist verboten.*

### Synthetische Pestizide

Unter dem Begriff «synthetische Pestizide» versteht man künstlich hergestellte Schädlingsbekämpfungsmittel. Es gibt auch natürliche Pestizide, wie z.B. Mikroorganismen, Bienenwachs oder Kupfer. Diese werden oft von Bio-Bauern verwendet und würden bei einer Annahme der Initiative erlaubt bleiben.

Ein Verbot von synthetischen Pestiziden, welches eine Folge der Initiative wäre, käme allerdings nicht einer Umstellung aller Schweizer Bauernhöfe auf Bio gleich. Biobauernhöfe müssen nämlich noch weitere Auflagen erfüllen, die über die Beschränkung von Pestizidnutzung hinausgehen, sowohl im Pflanzenbau wie auch in der Viehzucht.

Ein Teil der auf dem Feld versprühten synthetischen Pestiziden wird spätestens mit dem Regen weggewaschen und gelangen in Gewässer, wo sich sogenannte Pestizidcocktails bilden. Diese Cocktails töten nicht nur Insekten und Kleinstlebewesen, sondern richten auch in den Organismen von Vögeln, Amphibien und einzelnen Säugetieren irreparable Schäden an. Auch für die menschliche Gesundheit sind Pestizide sehr schädlich. Laut Bundesrat sind heute 44 Wirkstoffe zugelassen, die vermutlich einen negativen Einfluss auf unser Erbgut haben, krebserregend sind oder unsere Fortpflanzungsfähigkeit negativ beeinflussen.

Den gewichtigen Nachteilen von synthetischen Pestiziden stehen gewichtige Vorteile gegenüber. So sind synthetische Pestizide oft sehr effektiv im Schutz von Pflanzen und in der Sicherung der Qualität der Lebensmittel. Synthetische Pestizide werden nicht nur vorsorglich eingesetzt, sondern auch bei befallenen Pflanzen. Nur durch den Einsatz von synthetischen

Pestiziden kann die Schweiz genug Lebensmittel produzieren, um ihren Eigenversorgungsgrad zu halten. So warnte im Herbst der Bauernverband davor, dass der Eigenversorgungsgrad der Schweiz von 58% auf 42% zurückgehen würde, wenn die Initiative angenommen würde. Synthetische Pestizide sind so umstritten, weil sie einerseits nur schwer zu ersetzen sind, andererseits aber auch Umwelt und Mensch erheblich schädigen und das Ökosystem und die Biodiversität gefährden. Natürliche Pestizide sind jedoch oft für die Umwelt auch problematisch und teilweise für die Insekten sogar fataler als synthetisch hergestellte.

## Hintergrund

Die Initiative wurde von einem Westschweizer Bürgerkomitee bestehend aus sieben Privatpersonen lanciert. Die Initiative hat keinen konkreten Parteibezug und sei deshalb «politisch unabhängig». Während der Unterschriftensammlung wurde die Bürgerstiftung Future3 als Träger der Initiative integriert. Für einen Gegenvorschlag setzte sich im Parlament vergeblich eine Minderheit aus SP, Grünen, GLP und EVP ein.

Im September 2019 wurde im Ständerat die parlamentarische Initiative «Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren» eingereicht, welche auch als «informeller Gegenvorschlag» zu dieser Initiative und zur Trinkwasserinitiative angesehen wird. Laut dieser Initiative müssen die Risiken des Pestizideinsatzes bis 2027 um 50 Prozent gesenkt werden. Falls die Halbierung nicht gelingt, muss der Bundesrat Massnahmen ergreifen. Insbesondere kann er einen neuen Absenkpfad definieren und die Genehmigung besonders risikoreicher Wirkstoffe widerrufen.

Am 15. März hat der Nationalrat die Agrarpolitik 22+ «sistiert». Damit blockiert das Parlament die dringend notwendige Ökologisierung der Landwirtschaft. Die Sistierung kommt eigentlich einer Gesprächsverweigerung drauf, da die Aktualisierung der Landwirtschaftspolitik über Jahre hinweg blockiert wird. Jährlich wird die Landwirtschaft mit rund 3.5 Milliarden Franken subventioniert.

## Empfehlung

Bundesrat, Nationalrat (78:111) und Ständerat (9:31) empfehlen eine Ablehnung der Initiative. Für die Initiative haben sich SP, Grüne und grosse Teile der GLP, sowie die Ratsmitglieder der EVP eingesetzt. Dies vor allem, weil Ihnen ein Gegenvorschlag gefehlt hat. Die Grünen, BioSuisse, Pro Natura und die Kleinbauernvereinigung haben bereits die Ja-Parole gefasst. Der Bauernverband empfiehlt die Initiative zur Ablehnung.

## Argumente

<b>Pro</b> <a href="http://lebenstattgift.ch">lebenstattgift.ch</a> ; <a href="http://Grüne">Grüne</a>	<b>Kontra</b> <a href="http://extreme-agrarinitiativen-nein.ch">extreme-agrarinitiativen-nein.ch</a> ; <a href="http://Bauernverband">Bauernverband</a>
<ul style="list-style-type: none"><li>• <b>Die Initiative ist eine kluge Antwort auf das Artensterben</b> Einmal in die Umwelt gelangte Pestizide bauen sich nur langsam ab. Sie gelangen in die Nahrungskette und beeinträchtigen dadurch Flora und Fauna. Besonders stark betroffen sind Insekten. Das schnelle Bienen- und Insektensterben gebieten rasches und konsequentes Handeln.</li><li>• <b>Die Initiative schützt die Bevölkerung</b> Die Initiative schützt die Schweizer Bevölkerung vor gesundheitlichen Risiken, die durch Pestizidrückstände in Lebensmittel und im Trinkwasser entstehen können. Eine Annahme der Initiative bewirkt, dass die von uns gekauften Produkte unbedenklich und frei von giftigen Pestiziden sind. Ausserdem trägt die Initiative zu einer Verbesserung der Trinkwasserqualität bei.</li><li>• <b>Das Parlament ignoriert berechtigte Sorgen</b> Bei einer Umfrage im Juni 2018 haben 72 Prozent der Teilnehmer «Ja» oder «Eher Ja» zur Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» gesagt. Die Jungparteien von BDP, CVP, EVP, FDP und GLP schreiben: «Angesichts des fortschreitenden Biodiversitätsverlustes (...) ist Abwarten keine Option.» Wasserversorger schlagen Alarm, wegen zu hoher Pestizidkonzentration im Trinkwasser. Die offensichtlichen und berechtigten Sorgen der Bevölkerung und der Jungen vor einem Biodiversitätsverlust und vor einer sinkenden Trinkwasserqualität nimmt das Parlament nicht ernst genug, indem es dem Volk keinen richtigen Gegenvorschlag vorlegt. Stattdessen suggeriert es, mit dem «informellen</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>• <b>Die Initiative ist zu radikal</b> In den letzten zehn Jahren wurde der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln um 27 Prozent reduziert. Das Parlament ist sich einig, dass dieser noch weiter reduziert werden muss. Ausserdem gibt das Parlament mit dem «informellen Gegenvorschlag» eine kluge Antwort auf die aktuellen Herausforderungen.</li><li>• <b>Ungenau Formulierung</b> Es ist nicht klar, was genau unter den Begriff «Pestizid» fällt und was nicht. So ist es nicht klar, ob darunter auch Tierarzneimittel und Biozide wie Desinfektionsmittel und synthetisch hergestellte Ameisensäure fallen. Ameisensäure wird zur Bekämpfung der Varroamilbe, welchen Bienenvölkern grossen Schaden zufügt, verwendet.</li><li>• <b>Höhere Lebensmittelpreise</b> Durch das von der Initiative erzwungene Wegfallen synthetischer Pestizide, würden die Lebensmittelerträge der Schweizer Landwirtschaft sinken. Dadurch, aber auch weil der Import von mit synthetischen Pestiziden hergestellten Lebensmitteln verboten würde, würden die Lebensmittelpreise in der Schweiz stark ansteigen.</li><li>• <b>Die Initiative ist klimaschädlich und senkt den Eigenversorgungsgrad</b> Durch die geringeren Lebensmittelerträge müssten mehr Lebensmittel in die Schweiz importiert werden, was schlecht fürs Klima wäre. Ebenfalls würde die Initiative den Eigenversorgungsgrad der Schweiz senken. Dies widerspricht dem Ja der Schweizer Bevölkerung vom 24. September 2017 zum Bundesbeschluss über die Ernährungssicherheit.</li><li>• <b>Es könnte zu Import-Engpässen kommen</b></li></ul>

Gegenvorschlag» einen Kompromiss geschmiedet zu haben. Dieser wird dem Problem jedoch bei weitem nicht gerecht.

- **Schweizer Produzenten werden nicht benachteiligt**

Da die Initiative die Einfuhr zu gewerblichen Zwecken von Lebensmitteln, die synthetische Pestizide enthalten oder mithilfe solcher hergestellt worden sind, verbietet, sind Schweizer Produzenten gegenüber ausländischen Produzenten nicht benachteiligt.

Auch im Ausland wird bis anhin wenig ohne synthetische Pestizide produziert. Wenn die Nachfrage der Schweiz auf pestizidfreie Lebensmittel plötzlich massiv ansteigen würde, könnte es zu Engpässen im Import kommen. Ausserdem ist es kaum realistisch, dass bei allen importierten Lebensmitteln kontrolliert werden kann, ob sie auch wirklich nicht mit synthetischen Pestiziden behandelt wurden.